

## Was die Parteien zur Energiepolitik sagen

Nicht nur der Regierungsrat setzt in der neuen Legislatur einen Schwerpunkt auf die Klima- und Energiepolitik. Auch den Parteien ist es ernst mit der Thematik. Ihre Lösungsansätze gehen aber in zentralen Fragen weit auseinander.

Regula Lienin

Die Pandemie hat die Klima- und Energiepolitik in den Hintergrund treten lassen. Ein Blick auf die Traktandenliste der letzten Kantonsratssitzung zeigte indes: Die Thematik ist zurück. Zwar stiessen weder die geforderte Einführung eines Gebäudeenergieausweises noch eine verbesserte Einspeisevergütung für grosse Solarstromanlagen auf offene Ohren. Aber weitere Vorstösse liegen bereits bereit – etwa zum Schaffhauser Energiegesetz. Auf Bundesebene kommt im Juni das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz zur Abstimmung. Mit diesem soll die Schweiz ihren Treibhausgasausstoss reduzieren.

### Im Fokus des Regierungsrats

Auch der Schaffhauser Regierungsrat legt in seinen Legislaturzielen einen Schwerpunkt auf die Energiepolitik. So hat er sich vorgenommen, die Energie- und Klimastrategie des Bundes umzusetzen und weiterzuentwickeln. Dabei stellt er sechs Aspekte in den Vordergrund: die Umsetzung der Klimaschutzziele sowie die verstärkte Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien. Hier fasst er einen massvollen Ausbau der Wasserkraftnutzung am Rheinfall ins Auge.

Ausserdem wird es darum gehen, im Gebäudebereich zunehmend fossilfreie Wärme und Eigenstrom einzusetzen. Umsetzen will der Regierungsrat auch das Konzept zur Elektromobilität, und die Investitionsmöglichkeiten in grössere Solarstromwerke sollen attraktiv sein.

### Vier Fragen an die Parteien

Die SN haben fünf kantonale Parteien zur Energiepolitik befragt. Alle erachten das Thema als wichtig. GLP-Präsident Christoph Hak schreibt, die Energiepolitik habe für sie einen zentralen Stellenwert, weil sie der Schlüssel für das grösste Problem unserer Zeit – den Klimawandel – sei. Kantonsrat Urs Capaul von den Grünen spricht von einem für sie «seit je» zentralen Thema und für die SP zählt laut den Kantonsräten Kurt Zubler und Daniel Meyer eine «nachhaltige Energiepolitik» zu ihren Kernthemen.

Kantonsrat Beat Hedinger (FDP) schreibt im Namen der FDP-/CVP-Fraktion, dass für sie vor allem die Förderung der erneuerbaren Energie im Vordergrund stehe. Kantonsrat Walter Hotz (SVP) betont, die Partei wolle eine Energiepolitik verfolgen, die auf technisch profundes Wissen und Eigenverantwortung baue. Zu den Fragen:

### 1 Wo setzen die Parteien innerhalb der Klima- und Energiethematik einen Schwerpunkt?

«Die Kraft unserer Gewässer kann man effizienter und besser nutzen – ohne dass man die Landschaft verschandelt oder im Wasser lebende Tiere gefährdet», heisst es seitens FDP/CVP. Die Nutzung der Windenergie steht für die Kantonsratsfraktion ebenfalls im «Zentrum der Möglichkeiten». Ganz anders die Tonalität der SVP: «Wir wehren uns gegen einseitig beschlossene, unrealistische Ziele wie die 2000-Watt-Gesellschaft und Schweizer Alleingänge.» Die Partei stehe für eine langfristige Dekarbonisierung der Energieträger Öl und Gas ein.

Die GLP nennt eine nachhaltige Umweltpolitik, ohne auf Schwerpunkte einzugehen. Solche nennt die Grüne Partei zuhause, als Erstes die Effizienzverbesserungen bei der Energie (Gebäude, Fahrzeuge, Apparate usw.). Weiter erwähnt sie die Substitution der fossilen Energieträger und des Atomstroms sowie Suffizienz etwa beim Fahrzeugeinsatz. Die SP legt den Fokus auf die Förderung und Bereitstellung von erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind und Wasserkraft. «Gerade bei der Solarenergie zeigen uns die Hausdächer der deut-



Der Schaffhauser Regierungsrat möchte einen massvollen Ausbau der Wasserkraftnutzung. Die linken Parteien sind skeptisch.

ARCHIVBILD MELANIE DUCHENE

schen Nachbargemeinden, welch grosses Ausbaupotenzial noch vorhanden wäre.»

### 2 Wo sehen sie mehr respektive weniger Handlungsbedarf als der Regierungsrat?

In den Legislatur-Zielen 2021 bis 2024 habe sich der Regierungsrat ambitionierte Ziele vorgegeben, schreibt die FDP/CVP. «Es wäre falsch, diesen Massnahmenkatalog weiter auszubauen. Es ist aber wichtig, dass es der Regierung gelingt, die geplanten Massnahmen umzusetzen.» Die SVP hingegen kann den Plänen des Regierungsrats wenig abgewinnen. «Er verfolgt eine Strategie, die ideologisch geprägt ist, statt die technischen Fortschritte und private Initiativen zu fördern», schreiben Sie in ihrer Stellungnahme. Staatlicher Zwang, Verbote und die Androhung von Strafen würden keine Wirkung erzielen. Neue Gesetze und Vorschriften führten zu mehr Bürokratie und viele Steuergelder damit unnütz eingesetzt würden, so die SVP.

Auch die übrigen Parteien sind mit dem Regierungsrat nicht zufrieden, wenn auch aus anderen Gründen. So schreibt die GLP, dass sich der Regierungsrat nirgends zu viel vorgenommen habe. «Aus unserer Sicht ist er eher viel zu zögerlich und zu wenig konkret.» Die Partei vermisst eine stärkere Förderung der Elektromobilität und den Einsatz neuer Technologien. Die Grünen sehen ebenfalls «eher Mängel». Beim Verkehr, bei der Biodiversität, bei der Abfall-, Klima- und Energiepolitik. Aber auch bei der Ansiedlung von Greentech-Unternehmen und bei der Landwirtschaft gebe es mehr Handlungsbedarf.

Die SP schliesslich findet, dass die Anreize und Vorgaben für den Energiewandel ausbaufähig seien. Investitionen in erneuerbare Energien würden zudem Wertschöpfung in der Region auslösen und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vermindern. Beim Kampf gegen ein Atom-

endlager im angrenzenden Zürcher Weinland unterlasse es der Regierungsrat, sich klar dagegen zu positionieren.

### 3 Welche erneuerbare Energie hat am meisten Potenzial im Kanton?

Die FDP/CVP-Fraktion nennt die Wasserkraft und die Windenergie. «Sie bieten reichlich zusätzliches und neues Potenzial.» Dazu komme die Förderung der Solarenergie; dies allenfalls in Kombination mit der «Power to gas Technologie». Die Energiepolitik habe sich an den Prinzipien Nachfrage, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren, schreibt die SVP. «Es müssen einheimische Energieanlagen wie die Wasserkraftwerke gefördert werden.» Die GLP sieht das grösste Potenzial in der «intelligenten Kombination aus allen Energieformen». Wobei die Energiespeicherung eine zentrale Rolle spielen müsse. Auch hier habe der Kanton noch Luft nach oben.

Bei den linken Parteien herrscht in der Frage des Potenzials Einigkeit. «Für uns ist es ganz klar die Solarenergie», heisst es bei den Grünen. Sie sei weitgehend akzeptiert und heute kostengünstig herzustellen. Die SP setzt ebenfalls «primär» auf die Sonne. Zudem unterstützt sie Windkraftanlagen, die einen substanziellen Beitrag leisten können. Die angestrebte Gesetzesrevision für ein neues Kraftwerkprojekt am Rheinfall beobachtet die SP «sehr genau». Zwingende Voraussetzung dafür wäre für sie, dass Landschaft und Natur nicht negativ beeinflusst würden.

### 4 Es ist nicht auszuschliessen, dass die Atomkraft auch in der Schweiz wieder ein Thema wird. Wie stehen die Parteien dazu?

«Die uneingeschränkte Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie hat für uns eine sehr hohe Priorität», schreibt die FDP/CVP-Fraktion. Wiederholte und länger anhaltende Stromausfälle hätten katastrophale Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Die Fraktion will sich vor keiner Technologie per se verschliessen, spricht sich aber nicht explizit für ein Revival der Atomkraft aus. Nebst der jederzeitigen Verfügbarkeit stünden auch Fragestellungen wie Kosten/Nutzen, Sicherheit, Verfügbarkeit der Ressourcen und Entsorgung im Fokus. Klare Offenheit signalisiert die SVP: In Schweizer Atomkraftwerken sei erheblich in Sicherheit und Wartung investiert worden. «Die Betriebsdauer kann deshalb ohne Weiteres auf 60 Jahre verlängert werden.» Angesichts des steigenden Energieverbrauches solle man sich nicht gegen Reaktorsysteme der dritten Generation verschliessen.

Die GLP hat im Zusammenhang mit der Atomkraft ein grundsätzliches Problem. «So lange die Entsorgung des atomaren Abfalls nicht gelöst ist, darf eine Diskussion über neue AKWs nicht zugelassen werden.» Atomkraftwerke seien erstens nicht klimaneutral und zweitens sei in der stark besiedelten Schweiz die Gefahr bei einem Unfall viel zu gross. Für die Grünen stellt die Kernenergie eine «extrem zentralistische Energieversorgung mit massiven Abhängigkeiten» dar. Keine Technologie sei so teuer wie die Atomkraft. Als Teil der Lösung falle sie auch weg, weil die langen Bauzeiten und Kosten für den Ersatz der fossilen Energien nicht bis 2050 erbracht werden könnten. Die SP beruft sich in dieser Frage auf den Volkswillen. Eine Mehrheit des Schweizer Stimmvolks habe mit der Annahme der Energiestrategie 2050 der Atomenergie eine klare Absage erteilt. Dies gelte es zu respektieren. Es braucht nicht rückwärts-, sondern vorwärtsgewandte Ansätze, um die künftigen Herausforderungen im Energiesektor zu meistern. «Eine Wiedererwägung der gefährlichen Atomenergie ist jenseits von Gut und Böse.»

**Die bürgerlichen Parteien sehen in der Nutzung der Wasserkraft Potenzial. Für die linken Parteien steht hingegen klar die Solarenergie im Zentrum.**